



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Gebrauchs- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 19. bis 25. Dezember ist die Beitragsmarke in das mit 51 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Die Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1914.

Seit der ersten Aufnahme der Gewerkschaftsstatistik sind nunmehr 25 Jahre verflossen. Die jüngste Statistik weicht infolgedessen von denen der früheren Jahre ab, als sie neben den Uebersichten über das gesamte Jahr 1914 auch getrennte Uebersichten über das erste und zweite Halbjahr 1914 enthält. Diese Teilung läßt den Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaften deutlicher erkennen als die Uebersicht über das gesamte Jahr. Diese Erkenntnis ist von hoher Bedeutung für die Bewertung des gewerkschaftlichen Wirkens während des Krieges, und deshalb wird diese Teilung der Jahresstatistik auch einen bleibenden Wert für die Zukunft haben. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß in diesem Aufbau der Statistik eine hervorragende statistische Leistung der Zentralverbände liegt, die um so höher bewertet werden muß, als den Organisationen durch Einberufung von Funktionären zum Kriegsdienst eine große Anzahl von Arbeitskräften entzogen wurde. Genau ließ sich allerdings der Trennungsschnitt in der Statistik zwischen der Zeit vor und nach Kriegsausbruch nicht ziehen, da der Krieg erst einige Wochen nach dem Ablauf des ersten Halbjahres ausbrach. Doch beeinträchtigt dieses Moment den Wert der Halbjahrsübersichten ganz erheblich.

Auch während der Kriegszeit hat sich die Vertretung der Arbeiterklasse durch die Gewerkschaften als notwendig erwiesen. In der Gewerkschaftsstatistik vom Jahre 1914 wird im begleitenden Text ein gedrängter Umriss von den Aufgaben, die während des Krieges von den Gewerkschaften zu erledigen waren und noch zu lösen sind, gegeben. Darunter sind zu nennen: die Arbeitslosenfürsorge, die Fürsorge für die Kriegsbeschäftigten, der den Familien der Kriegsteilnehmer gewährte Rechtsschutz, die Aufrechterhaltung der Tarifverträge und schließlich der fortgesetzte Kampf gegen die Nahrungsmittelteuerung.

Die Ergebnisse der Statistik des Kriegsjahres 1914 liefern einen glänzenden Beweis für die ungebundene Lebenskraft der Gewerkschaften. Nach diesem Ergebnis wird niemand mehr daran zweifeln, daß die Gewerkschaften nicht nur nach Krieg über völlig durchhalten, sondern auch nach Beendigung des Krieges die Probe auf ihre Leistungsfähigkeit bei dem zu erwartenden Ansturm auf ihre Stufen bestehen werden. Wohl sind einzelne Verbände hart mitgenommen worden, im allgemeinen ist jedoch der Stand der Gewerkschaften ein günstiger.

Durch die Einberufung zum Kriegsdienst sind allerdings die Gewerkschaften stark geschwächt worden. Die der Generalkommission angeschlossenen 46 Zentralverbände (außer den Ver-

bänden der Hausangestellten und Landarbeiter) zählten am Schlusse des Jahres 1914: 1 485 428 Mitglieder gegen 2 498 959 im Vorjahre. Bis zum Jahreschluß waren 746 551 Mitglieder, darunter 562 besoldete Angestellte, zum Kriegsdienst entzogen. Es verbleibt demnach ein weiterer Verlust von rund 200 000 Mitgliedern. Dieser Verlust ist aus verschiedenen Ursachen erklärlich. Ein Teil wird noch auf Konto der Einberufungen zu setzen sein, die den Vorständen nicht gemeldet wurden. Durch den Einfall der Feinde in deutsche Gebiete, besonders der Russen im Osten, wurden eine Anzahl Zweigvereine völlig zerstört, und an vielen kleineren Orten im Innern Deutschlands ist das Organisationsleben durch die Einberufung aller tätigen Mitglieder völlig unterbunden worden. Auch die im Anfang des Krieges erfolgte plötzliche Stockung des Wirtschaftslebens hat wohl einen starken Mitgliederverlust zur Folge gehabt. Die Zahl der Zweigvereine der Verbände ging gegen das Vorjahr von 11 707 auf 10 980 zurück. Von den größeren Verbänden hatten einen Abgang an Mitgliedern einschließlich der Eingezogenen: Metallarbeiter 222 000, Bauarbeiter 157 800, Transportarbeiter 106 400, Holzarbeiter 78 000, Fabrikarbeiter 77 900, Bergarbeiter 43 100, Textilarbeiter 36 100, Zimmerer 28 400, Maler 22 200, Buchdrucker 20 700 und Brauerei- und Mühlenarbeiter 20 000. Im Jahresdurchschnitt tritt der Rückgang an Mitgliedern nicht so stark hervor. Es hatten die Zentralverbände 1913: 2 548 763 und 1914: 2 052 377 Mitglieder, darunter 203 648 weibliche. Die Gesamtzahl ging um 496 386 und die der weiblichen Mitglieder allein um 20 028 zurück. Durch die Einberufung einer großen Zahl männlicher Mitglieder hat sich naturgemäß der Anteil der weiblichen an der Gesamtzahl stark gehoben, obgleich sich auch die Zahl der weiblichen Mitglieder erheblich verminderte. Ihr Anteil stieg von 8,8 auf 9,9 Prozent. Zu den 46 Zentralverbänden kommen dann noch die gleichfalls der Generalkommission angeschlossenen Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter, die 1914 im Jahresdurchschnitt 5642 bzw. 17 740 Mitglieder hatten.

Auch die gegnerischen Organisationen, zu denen die Christlich-Deutschen Gewerkschaften und die Christlichen Gewerkschaften zählen, unterlagen in der gleichen Weise wie die Zentralverbände den Wirkungen des Krieges. Die Gewerkschaften gingen von 106 618 auf 77 749 und die Christlichen Gewerkschaften von 342 785 Mitgliedern auf 282 744 zurück. Prozentual betrug der Rückgang gegen das Vorjahr bei den Zentralverbänden 19,5, bei den Gewerkschaften 27,0 und bei den Christlichen Gewerkschaften 17,5 Prozent. Diese drei Gewerkschaftsgruppen zählten 1914 zusammen 2 412 870 Mitglieder. Für die „Unabhängigen Vereine“ liegen für 1914 noch keine Angaben vor.

Im hervorragenden Maße machen sich natürlich die Wirkungen des Krieges auf die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften geltend. Hierbei ist die Teilung der Statistik bei den Zentralverbänden in den beiden Halbjahren von hohem Werte. Bei den gegnerischen Organisationen fehlt leider diese Gliederung. Die

Zentralverbände vereinnahmten 1914 insgesamt 70 871 915 M., 11 133 626 M. weniger als im Vorjahre. Im ersten Halbjahr betrug die Einnahme an Beiträgen 37 717 301 M., pro Mitglied 15,18 M., im zweiten Halbjahr dagegen nur 27 519 395 M., pro Mitglied jedoch 16,73 M. Abolut war die Einnahme im zweiten Halbjahr um 10 Millionen Mark geringer. Noch deutlicher kommt die Kriegszeit in den Ausgaben zum Ausdruck. Die Ausgabe aller Verbände für das ganze Jahr 1914 beläuft sich auf 79 547 272 M., pro Mitglied 38,76 M. 1913 wurden dagegen nur 74 904 962 M., also 4,6 Millionen Mark weniger verausgabt, und die auf jedes Mitglied entfallende Rate betrug nur 29,39 M. Im vollen Umfange läßt sich der Einfluß des Krieges auf die Ausgaben der Zentralverbände erst erkennen beim Vergleich der Ausgaben im einzelnen. Die Gegenüberstellung einiger wichtiger Posten gibt darüber einen guten Aufschluß.

Es wurde verausgabt:

	im 1. Halbjahr:		im 2. Halbjahr:		1914 zusammen:	
	absolut	pro Mitglied	absolut	pro Mitglied	absolut	pro Mitglied
Arbeitslose	7 754 982	3,12	15 920 096	9,68	23 718 902	11,56
Kranke	8 205 956	3,30	2 430 833	1,48	10 795 912	5,30
Unterstützung in Notfällen	367 879	0,14	2 855 916	1,74	3 457 391	1,69
Streiks, Auspersperungen	4 004 765	1,61	1 126 927	0,68	5 217 641	2,54
Verbandsorgan.	1 309 969	0,53	762 176	0,46	2 079 049	1,01
Agitation	1 511 974	0,61	916 252	0,56	2 568 198	1,25

Einigen Verbänden war es leider nicht möglich, auch die aus Lotokassen gemachten Ausgaben nach Halbjahren anzugeben; dadurch weisen die Ausgaben für das gesamte Jahr höhere Summen auf, als sie für die beiden Halbjahre zusammen angeben sind. Da von fast allen Verbänden nach Kriegsausbruch die stratenunterstützung aufgehoben oder doch stark eingeschränkt wurde, auch die Führung von Streiks unterblieb, so ist bei diesen Posten die Ausgabe im zweiten Halbjahre erheblich geringer als im ersten. Nur für den Monat Juli kamen diese Ausgaben noch im vollen Umfange in Betracht. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung war im zweiten Halbjahr um 8,2 Millionen Mark höher als im ersten. Auch die Unterstützung in Notfällen weist im zweiten Halbjahre eine erhebliche Steigerung auf. An Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer wurden bis Jahreschluß 6 475 569 M. verausgabt. Die gesamte Ausgabe für Unterstützung betrug 1914: 54,1, gegen 1913 nur 47,7 Millionen Mark.

Der Vermögensbestand aller Verbände ging von 88 069 295 M. im Jahre 1913 auf 81 415 535 Mark zurück. Dieser Vermögensrückgang ist verhältnismäßig gering, so daß trotz der großen Anforderungen, die die Kriegszeit an die Zentralverbände stellte, die Finanzlage derselben als günstig bezeichnet werden kann. Sie ist zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß im dritten Quartal 1914 das Wirtschaftsleben wieder ins Gleichgewicht kam und damit die Gewerkschaften enorm entlastet wurden. Die günstige Finanzlage hat denn auch die meisten Verbände veranlaßt,

die statutarischen Unterstützungseinrichtungen wieder völlig in Kraft treten zu lassen.

Mit ihren finanziellen Leistungen reichen die gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen bei weitem nicht an die Zentralverbände heran. Das gilt nicht nur für die absoluten Ausgaben, die ja naturgemäß erheblich geringer als bei den Zentralverbänden sein müssen, sondern auch für die im Durchschnitt auf jedes Mitglied entfallende Ausgabe. Außer der Streit- und Maßregelungsunterstützung verausgabten 1914 die Zentralverbände 48.101,81 Mk. = 23,44 Mk. pro Mitglied, die Hirsch-Dunderföhen Gewerkschaften 610.166 Mk. = 7,85 Mk. pro Mitglied und die Christlichen Gewerkschaften 2.402.670 Mk. = 8,50 Mk. pro Mitglied. Die Gesamtausgabe betrug bei den Gewerkschaften 2.672.499 Mk. und bei den Christlichen Gewerkschaften 5.871.801 Mk. Der Vermögensbestand belief sich auf 1.418.537 bzw. auf 9.727.358 Mk.

Die Durchhaltung der Gewerkschaften während der Dauer des Krieges ist gewährleistet. Die aus dem Felde zurückkehrenden Mitglieder werden in ihnen den früheren Schutz und Rückhalt finden in den Wechseljahren des Lebens und bei den später wiederkehrenden wirtschaftlichen Kämpfen.

## Von unseren Kollegen im Waffenrock.

Aus den Bogenen, Dezember 1915.

Nur noch wenige Tage, und wir feiern zum zweiten Male das Fest des Menschheitsfriedens, Weihnachten, im blutigsten aller Kriege. Hunderttausende von Frauen und Kindern wissen an diesem Feste des Friedens den Gatten und Vater den schrecklichsten Gefahren ausgesetzt. Für unendliche Viele wird dieses Fest heuer ein Fest der tiefsten Trauer sein, und wo die Lichter des Christbaumes angezündet werden, werden sie sich in so mancher Träne widerspiegeln, die dem nicht wiederkehrenden Vater, Gatten, Sohne oder sonst lieben Angehörigen gilt.

Wer von uns allen, ob zu Hause oder im Felde, hätte es sich im vorigen Jahre träumen lassen, daß wir noch ein zweites Weihnachten getrennt von unseren Lieben im Kriege verbringen müssen. Und noch kein Lichtbild, trotz der gewaltigen Erfolge auf allen Kampfesfronten, daß in absehbarer Zeit dem schrecklichen Vorben und dem fürchterlichen Vernichten durch den Frieden Einhalt geboten wird.

Immer neue Massen werden vom heimatischen Herd gerissen, die entstandenen Lücken auf allen Fronten ausgefüllt, und weiter und weiter geht das blutige Ringen. Aus- und Durchhalten bis zum endgültigen Siege, das ist des Trotzes Lösung, die durch keinen äußeren Feind erschüttert werden kann.

Doch sei es gesagt, mit schwerem Bangen verfolgen wir hier draußen im Felde, was in unserem Vaterlande vorgeht. Verordnungen über Verordnungen müssen vom Reich, von den einzelnen Staaten und den Kommunalverbänden erlassen, Interpellationen eingebracht werden, um den schamlosesten Wucher an den Nahrungsmitteln einzudämmen.

Vieles und großes, das die im Felde Stehenden mit Freude erfüllte, wurde von den verschiedenen Hilfsinstitutionen getan, um den Zuhausegebliebenen mit Glücksgütern nicht Gekauften ihr Los zu erleichtern und sie mit dem Schicksal, das oft sehr grausam auftrat, zu verhüten.

Erbitterung aber bei allen mußte es erzeugen, als man sah, wie viele es sind, für die der Krieg, je länger er währt, nur als gute Konjunktur betrachtet wurde, sich auf Kosten der Armen und Vermögenden möglichst schnell zu bereichern.

Langsam und schonend wird hier von den höheren Stellen vorgegangen, mit einer Rücksicht, die sich nur schlecht mit den Interessen des Vaterlandes vereinbaren läßt und die in diametralem Gegensatz zu dem steht, was von den militärisch-tätigen übrigen Staatsbürgern als Selbstverständlichkeit gefordert wird.

Wo bleibt hier bei diesen wucherischen Produzenten und Händlern der immer so laut in die Welt posaunte Patriotismus? So fragten wir uns oft.

Werden die ungeheuerlichen Opfer der in Waffen Stehenden nur gebracht, damit eine gewisse Sorte von Menschen mit größerer Ruhe ihren Hautzug auf die Zuhausegebliebenen ausüben kann? Oder ist nicht Jeder verpflichtet, einen Teil der dem Reiche auferlegten riesigen Lasten zu tragen?

Gewiß wird man bestrebt sein, das durch den Krieg heraufbeschworene unsagbare Elend, das sich in tausenderlei Formen zeigt, zu mildern. Es zu beseitigen, ist aber mit den größten Mitteln nicht möglich. Tausende und abermal tausende der Eingezogenen haben ihre Existenz aufs Spiel gesetzt und müssen, falls sie das Glück haben, überhaupt wieder nach Hause zu kommen, von vorn wieder anfangen. Verluste an Gut, Blut und Leben erleidet jeder der aktiv am Kriege Beteiligten, und da kann es nie und nimmer ein unbilliges Verlangen sein, wenn auch die nun das Reich beherrschenden Produzenten und Händler auf übermäßigen Gewinn Verzicht leisten. Wir wissen allerdings, daß der Krieg viele Umwälzungen gebracht hat und noch bringen wird, aber eins wird er nicht ändern, daß aller Appell an den Patriotismus an den Selbstsachinteressen scheitern wird!

Darum haben wir das Verlangen, daß die das Volkswohl überwachenden Instanzen rücksichtslos und mit eiserner Faust zugreifen, dort wo es gilt, das durch den Krieg und den äußeren Feind heraufbeschworene Elend nicht durch gewissenlose Spekulanten vermehren zu lassen. Jede volksfürsorgliche Maßnahme in dieser Beziehung ist für die im Felde Stehenden eine freundliche Anerkennung zur weiteren Erfüllung der schweren Dienstespflicht.

Betrachtet man nun so das ganze gewinn-süchtige Beginnen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, so eröffnen sich für die Zukunft auch keine besonders rosigen Aussichten für das Gebaren der Industrie. Abgesehen von den bereits verschiedentlich erfolgten Ausprüchen verschiedener Großindustrieller, die nach dem Kriege aus der Haut der Arbeiter Riemen von ganz besonderer Güte schneiden wollen, ist es ja im Wesen des Kapitals begründet, daß die nun während des Krieges brachliegenden Industriezweige durch beschleunigtes Tempo versuchen werden, ihre gehabte Unterbilanz nach oben zu bringen.

Und trotz aller Versicherungen der aus edelstem Herzen kommenden Fürorgetätigkeit für die Kriegsinvaliden werden wir den Gedanken nicht los, daß der industriellen Arbeiterschaft neue schwere Kämpfe bevorstehen werden. Langsam, äußerst langsam nur werden die durch den Krieg gezeitigten Leuerungsverhältnisse zurückgehen, auf den alten Stand überhaupt nicht wiederkehren. Steuern und Abgaben werden sich nicht verringern, sondern erhöhen, einzig und allein werden sich die Löhne, wenn es gut geht, auf der alten Höhe halten. Der schon bisher in den meisten Fällen nicht vorhandene gewisse Ausgleich zwischen dem Arbeitslohn und dem unbedingt notwendigen Lebensunterhalt wird sich noch weiter zuzunehmen des Arbeiters verschieben mit der logischen Folgerung, daß er wohl oder übel gezwungen ist, neue Lohnforderungen zu stellen. Damit ist der während des Krieges bestandene Burgfrieden zerstört, der Kampf zwischen Kapital und Arbeit wieder eröffnet. Das Heer der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hat der Krieg gelichtet, so manchen braven Kämpfer, nicht nur des Vaterlandes, sondern auch der Arbeitersache, haben wir zu betrauern. Aber so groß auch die Zahl der in fremder Erde schlummernden treuen Kämpfer ist, so groß ist sie nie, daß sie das Heer der vor dem Kriege der Arbeitersache indifferent gegenüber Stehenden aufwiegen könnte. Aus ihrer Zahl müssen die Lücken der Gefallenen ergänzt, die Zahl der Streiter in unserer gerechten Sache wieder vermehrt werden. Wird diese Arbeit sich nach dem Kriege schwieriger gestalten wie vor dem Kriege?

Sch sage nein, viele, viele Tausende hat der Krieg ziemlich unfaßt aus ihrem Gleichmut gerissen, sie zum Denken angeregt, und tagtäglich sehen wir es im Felde, daß früher vollständig politisch und gewerkschaftlich Indifferente sich aufs lebhafteste für Partei und Gewerkschaft interessieren. Das lange Weisammenfein der den verdienstlichen Ansichten huldigenden Kameraden brachte es mit sich, daß so manch einer seine früher

gehobte Anschauung über partei- und gewerkschaftliche Dinge änderte. Und wahrlich nicht zumun-gunsten unserer Sache. Daß die im Kriege befindlichen Gewerkschaftler das lebhafteste Interesse an der weiteren organisatorischen Arbeit der Zuhausegebliebenen haben, hat ja schon so mancher Feldpostbrief auch in unserem Verbandsorgan gezeigt. Mit Freude erfüllt es uns immer wieder, zu wissen, daß unsere Organisationsarbeit in guten Händen ruht. Mögen auch alle Mitglieder diese Arbeit mit allen Kräften unterstützen, damit trotz der Länge des Krieges der kommende politische Friede uns zu weiteren wirtschaftlichen Kämpfen gerüstet findet. Allen Freunden, Kollegen und Kolleginnen wünsche ich nun, soweit es in dieser Zeit möglich ist, ein frühliches Weihnachten, ein gutes neues Jahr, das uns allen den ersehnten Frieden bringen und uns im Felde Stehenden in eure Reihen zurückführen möchte.

Albert Schmidt

Bayr. Landst. Watl. Rosenheim, 4. Komp.

## Die Konferenz der deutschen Gewerkschaftsvorstände

fand am 16. und 17. November in Berlin statt. Der Bericht der Generalkommission konnte ange-sichts der täglich anwachsenden Kriegsfürsorge-Arbeit weder erschoßend noch in schriftlicher Form gegeben werden. Legten und Bauer berichteten mündlich über den Fortschritt und die Erfolge der Arbeiten auf den Gebieten der Arbeitslosen-, Arbeitsvermittlung- und Familienunterstützungsfrage, über die Kriegsbeschädigtenfürsorge, über die Versammlungs- und Preßzensur und über die Berufsbeschäftigungen der im Gewerkschaftsinteresse nachgesuchten Zurückstellungen vom Seerechtsdienst, während Genosse A. Schmidt das überweite Gebiet der Lebensmittelversorgung und seine jüngste bundesrätliche und gemeinliche Regelung beleuchtete. Er wies darauf hin, daß die Bundesratsverordnungen den Gemeinden weitgehende Vollmachten erteilen, und daß nunmehr von den Gemeinden ein energisches Zupacken erwartet werden müsse. Die in den Gemeinden tätigen Arbeitervertreter dürften nichts unberücksichtigt lassen, auf eine kommunale Regelung von Höchstpreisen, Heranschaffung der benötigten Lebensmittel und deren geeignete Verteilung hinzudringen. In den anschließenden Erörterungen wurde hervor-gehoben, daß die gewerkschaftliche Mitarbeit an der Gestaltung der Kriegsbeschädigtenfürsorge so wichtig sei, daß die Generalkommission nach Bedarf selbst eine weitere Arbeitskraft dafür einstellen solle. Die Konferenz stimmte dieser Auffassung zu.

Sodann hielt der Vorsitzende des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Genosse Schumann, ein informatives Referat über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter, ausgehend von den im bayerischen Landtage stattgefundenen Erörterungen bezüglich des Referes der Eisenbahnangestellten und -arbeiter, der die Zugehörigkeit zu gewissen gewerkschaftlichen Organisationen verbietet. Die Lösung der damit zusammenhängenden Fragen soll nach der Ankündigung des bayerischen Ministerpräsidenten einer Konferenz der Bundesstaaten vorbehalten bleiben.

Ebenfalls informativ war ein Vortrag des Leiters der Sozialpolitischen Abteilung, Genossen Robert Schmidt, über die Gestaltung der künftigen Handelsverträge. An der Hand eines überreichen Materials legte der Redner die bisherigen vertraglichen und tatsächlichen Handelsbeziehungen Deutschlands mit anderen Staaten dar, schilderte die Einwirkungen der Kriegslage auf dieselben und deutete die Entwicklungsmöglichkeiten nach dem Kriegsabschlusse im Hinblick auf die sich vorbereitenden neuen Mächtegruppierungen an. Eingehend würdigte er die Interessen der Gewerkschaften an dieser Entwicklung, sowohl als Konsumenten wie auch als Produzenten, und empfahl den Gewerkschaftsvorständen, diesen Fragen rechtzeitig ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit die Gewerkschaften bei der Neugestaltung der wirtschaftspolitischen Beziehungen auch ihren Einfluß in die Wagchale der Entscheidung werfen können. In einer ausgedehnten Debatte wurde diese Frage sowohl vom allgemein gewerkschaftlichem Standpunkte als auch unter dem Gesichtspunkte der verschiedenen Berufsinteressen be-

leuchtet und eine Reihe von nützlichen Anregungen gegeben. Den Vorständen wurde nahegelegt, aus ihren Berufskreisen Materialien zu diesen Aufgaben zu sammeln und der Sozialpolitischen Abteilung zu übermitteln. Der Vortrag des Genossen Rob. Schmidt soll den Vorständen für den Kreis ihrer Organisationsleiter im Druck zur Verfügung gestellt werden.

Durch den Krieg ist zahlreiche Arbeitersekretariate die finanzielle Grundlage erheblich beengt worden, so daß die Generalkommission vielfach mit ihren Mitteln helfen eingreifen mußte. Da auch die Mittel der Generalkommission infolge der Verminderung der Mitgliedsbeiträge der Gewerkschaften zurückgehen müssen, so wurde die Frage erörtert, inwieweit die Gewerkschaften bereit seien, den Sekretariaten auch weiterhin diese Hilfe zu gewährleisten. So sehr die Notwendigkeit hierzu auch anerkannt wurde, so wurde doch allgemein dabei dem dringenden Wunsche Ausdruck gegeben, daß Beitrags erhöhungen zu vermeiden seien, und daß die Generalkommission sich bei solchen Unterstützungen der größten Sparsamkeit und strengsten Vorprüfung der Notwendigkeit von Unterstützungen sowie der Kontrolle über die Verwendung der gewährten Beihilfen befleißigen müsse.

Die Ausrechnung der gewerkschaftlichen Krankenunterstützung auf das Krankengeld seitens mancher Krankenkassen veranlaßte die Gewerkschaftsvorstände zu einer Stellungnahme gegenüber dieser vom Reichsversicherungsamt als zulässig erkannten Praxis. Der Konferenz wurde eine Anzahl von statutarischen Fassungen über die Gewährung von Krankenunterstützung unterbreitet, die ihren Zweck mehr oder weniger erfüllen, und ihnen anheimgegeben, bei künftigen Satzungsänderungen eine dieser Fassungen zu berücksichtigen.

Im weiteren wurde der Beschluß der Vorstandskonferenz vom 17. August 1914, wonach während des Krieges Uebertritte von Mitgliedern nicht zugelassen und Uebererschreibungen nicht vorgenommen werden sollen, durch die Annahme folgender Sätze erweitert:

„Mitglieder, die in einem für ihren Verband nicht zuständigen Betriebe arbeiten wollen, sind verpflichtet, sich vor Annahme einer Arbeitsstelle über die Arbeitsverhältnisse zu erkundigen und die zur Hebung dieser getroffenen Maßnahmen zu beherzigen.“

Die für den Betrieb zuständige Organisation soll die betriebfremden Arbeiter zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen ihrem Verband gegenüber anhalten.

Der Beschluß vom 17. August 1914 betreffend die Uebertritte wird aufrechterhalten.

Eine Abweichung von diesem Beschlusse hat eine Verständigung unter den in Betracht kommenden Verbandsvorständen zur Voraussetzung. Diese werden zur sachlichen Prüfung der für den Uebertritt maßgebenden Gründe verpflichtet.“

Eine Aussprache über die Möglichkeit der Fortdauer der Arbeitsgemeinschaften zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen über den Krieg hinaus ergab das allseitige Einverständnis, in allen gemeinsamen Arbeiterfragen, so wie dies während des Krieges geschehen, auch nach dem Kriege mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen zusammenzuwirken, soweit eine Verständigung mit ihnen möglich ist.

Schließlich wurden noch eine Reihe von Einzelfragen, wie der Betrieb der von der Generalkommission aus Anlaß ihres fünfundsingzigjährigen Jubiläums herausgegebenen Erinnerungsschrift durch die Gewerkschaften, die WiederEinstellung kriegsbeschädigter Gewerkschaftsangehöriger und die Kriegstatistik der Gewerkschaften erledigt.

## Korrespondenzen.

**Leuerungsanlagen.** Die Spanische Buchdruckerei in Leipzig bewilligte ihrem Gesamtpersonal eine Leuerungszulage ab Dezember 1913 und zwar: Sämtliche weibliche und unverheiratete männliche Arbeiter monatlich 5,— M., verheiratete männliche Arbeiter monatlich 10,— M. Für die Hilfsarbeiter kommen gegen 120 Personen in Betracht.

**Nürnberg = Fürth.** Die Einrichtungen der Kriegsfürsorge der Stadt Nürnberg wurden in unserer Mitgliederversammlung vom 5. Dezember in einem lehrreichen Vortrage des Kollegen Heckling an der Hand reichhaltigen Materials und unter Anführung von zahlreichen Beispielen in leichtverständlicher Weise erläutert. Die Definition des Begriffes der Bedürftigkeit folgend, erläuterte die Voraussetzungen zum Bezuge, die Wartezett, die Gewährung von Mietszuschüssen, Bar- und Naturalunterstützung usw. eine eingehende Darstellung. Die Erhöhung der Unterstützungssätze bedeutet für Nürnberg bei einem Betrage von bisher 460 000 M. pro Monat eine Mehrausgabe von 228 000 M. für denselben Zeitraum. Die Linderung des Massenlebens kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, die zum großen Teil weit über ihre statutarischen Verpflichtungen hinaus ihre Mittel zur Unterstützung der bedrängten Mitglieder verwandten. Nach dem Kriege, wenn die Massen aus dem Felde zurückfluten, werden noch gewaltige Anforderungen an die Gewerkschaften gestellt. Nicht ein Aufgeben in der allgemeinen Wohlthätigkeit, so notwendig dieselbe auch ist, kann das Ziel der Gewerkschaftsbewegung sein. Die Mitwirkung der Arbeiterkraft bei allen gemeinnützigen Einrichtungen während der Kriegszeit soll nicht überschätzt werden; in erster Reihe stehen für uns die gewerkschaftlichen Aufgaben, die ihrer Lösung nach dem Kriege harren. Stimmen aus Unternehmerkreisen, die jetzt noch gedämpft erklingen, lassen für jedes feinere Ohr erkennen, daß, mögen auch die Formen im Umgang und bei Verhandlungen sich ändern, im Kern der Sache alles beim alten bleiben soll. — Ueber die Bewilligung einer Beisnachtsunterstützung an die Familien der zum Militär eingezogenen Mitglieder berichtete Kollege Schäffner. Vom Verbandsvorstand wird eine Unterstützung nur an die verheirateten Militärs pflichtigen bezu. an deren Angehörige bezahlt. Wir wissen wohl zu würdigen, daß von den für diesen Zweck verfügbaren Mitteln zuerst die Familien der Kollegen zu berücksichtigen sind. In Erwägung dieses Umstandes empfiehlt die Verwaltung der Mitgliederversammlung die Annahme des nachfolgenden Antrages: An die verheirateten Kollegen wird zu der Unterstützung aus der Hauptkasse ein Zuschuß in derselben Höhe aus der Lokalkasse bezahlt. Jeder lebige zum Heeresdienst eingezogene Kollege erhält aus örtlichen Mitteln ebenfalls 5,— M. An die Auszahlung dieser Unterstützung ist die Bedingung einer 26 wöchigen Beitragsleistung geknüpft. Wer mehr als vier Beiträge schuldet oder sich nicht abgemeldet hat, scheidet vom Unterstützungsbezuge aus. Einzelne Reste kommen bei der Auszahlung in Abzug. Der Antrag fand die einhellige Zustimmung der Versammlung. Von der Ausgabe von Sammelstiftungen wird abgesehen, da bekanntlich das Erträgnis in keinem Verhältnis zu der Mühe und dem Aerger steht, dem die „Fechterschar“ ausgesetzt ist. Den Schluß der Versammlung bildete die Verlesung von Feldpostbriefen und -arten.

## Rundschau.

**Die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1914.** Die Kartellstatistik für das Jahr 1914 ist in ihren Ergebnissen mit denen der Vorjahre nicht vergleichbar. Die Einberufungen zum Kriegsdienst haben die Gewerkschaften und damit auch ihre örtlichen Verbindungen, die Kartelle, an Mitgliedern stark geschwächt. Der Entzug der besten Kräfte mußte geradezu lähmend besonders auf die Tätigkeit der kleineren und mittleren Kartelle wirken. Die Folge ist denn auch ein starker Ausfall von Kartellen aus der Jahresstatistik 1914. Von 833 Kartellen, die am Ende des Jahres 1913 im Kartellverzeichnis der Generalkommission eingetragen waren, berichteten nur 578; 13 Kartelle gingen infolge Zusammenschlusses oder durch Auflösung ein. Den Kartellen waren 7847 Gewerkschaften angeschlossen, 183 Zweigvereine der Zentralverbände standen ihnen fern.

Nicht so erheblich als es nach dem Versagen von 242 Kartellen bei der Erhebung erscheinen könnte, ist die Zahl der von der Statistik nicht erfaßten Gewerkschaftsmitglieder. Am 1. Juli 1914, also kurz vor Ausbruch des Krieges, hatten die berichtenden Kartelle zusammen 2 133 890 und am Jahresschluß 1 384 355 Mitglieder. 656 229 Mitglieder = 30,9 Prozent der am 1. Juli vorhandenen Gewerkschaften wurden zum Kriegsdienst eingezogen. Demnach ist bei den berichtenden Kartellen noch ein Über die Zahl der Einbezogenen um rund 95 300 Mitglieder hinausgehender Mitgliederverlust eingetreten. Ein erheblicher Teil dieses Abganges wird aber noch auf Konto der Einberufungen gesetzt werden können.

Von den acht vor Kriegsausbruch in Elsaß-Lothringen vorhanden gewesenen Kartellen be-

richtete nur eins, und zwar Metz. Von den schwer heimgeführten Provinzen Ost- und Westpreußen fehlen in der Statistik die Kartelle Culmburg, Graudenz, Gumbinnen, Insterburg und Joppot. An den Einrichtungen, die der allseitigen Förderung der gewerkschaftlichen Bewegung am Orte dienen, als da sind: Gewerkschaftshäuser, Herbergen, Bibliotheken, Besesszimmer, Rechtsauskunftsstellen usw. hat sich gegen das Vorjahr wenig geändert. — Allgemeine Versammlungen wurden 1138 und Berufliche 519 von den Kartellen veranstaltet, der größere Teil davon wird auf das erste Halbjahr 1914 entfallen.

Die eigentliche Tätigkeit der Kartelle auf dem gewerkschaftlichen Gebiete wurde durch den Krieg jah unterbrochen, ihnen aber auch zugleich damit eine Reihe neuer besonderer Aufgaben zugewiesen. Gleich zu Anfang des Krieges galt es, die Gemeinden zur weitgehendsten Beihilfe zur Unterstützung der Familien der Einbezogenen und der Arbeitslosen zu veranlassen. Die Kartelle mußten hierbei in den Gemeinden mit die treibenden Kräfte bilden. Zwei von der Generalkommission veranstaltete umfangreiche Erhebungen über die Kriegsfürsorge stützten sich hauptsächlich auf die Mitarbeit der Kartelle. Als durch Rotgeß vom 4. August 1914 die reichsgesetzlich geschaffene Krankenversicherungspflicht der Hausindustriellen aufgehoben wurde, erwußten den Kartellen die weitere Aufgabe, an ihren Orten dahin zu wirken, daß durch Einführung von Ortsstatuten die weitere Versicherung bei den Kassen ermöglicht würde. In der Betreibung der Arbeitslosenfürsorge mußte bei den Gemeinden auf die Erhaltung von Arbeitsnachweisen gedrängt werden. Auch die Frage der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und schließlich auch der Kampf gegen die Preissteigerungen bei den notwendigen Lebensmitteln erforderten die stärkste Anteilnahme der Kartelle. Die Skizzierung dieser Kriegsaufgaben gibt natürlich kein die Wirklichkeit erschöpfendes Bild, aber sie läßt die große Mühevollung der Kartelle bei Lösung dieser Aufgaben erkennen, die um so höher zu bewerten ist, als auch ihnen durch Einberufungen zahlreiche tätige Köpfe entzogen werden.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben machten 560 Kartelle. Diese verzeichnen eine Gesamteinnahme von 1 668 336 M., darunter an Beiträgen 1 084 580 M. und an sonstigen Einnahmen 583 756 M. Der Gesamteinnahme steht eine Ausgabe von insgesamt 1 779 185 M. gegenüber, sie übersteigt die Einnahme um 110 849 M. Damit verminderte sich auch in der gleichen Höhe das Kassenvermögen auf 963 211 M. Von einer großen Anzahl Kartelle wurden auch Mittel zur Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern und Arbeitslosen aufgebracht. Die Feststellung ergab eine Gesamtsumme von 55 664 M., die für diese Zwecke aufgebracht und verwandt wurden.

Ueber die Kartelle der kirchlich-wirtschaftlichen Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaften liegen keine Angaben für 1914 vor.

Die größeren festgefügteren Kartelle der Zweigvereine der der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände haben das Kriegsjahr 1914 verhältnismäßig gut überstanden und bei der Lösung einer ganzen Reihe wichtiger, durch den Krieg entstandener Aufgaben im Interesse des werktätigen Volkes tatkräftige Hilfe geleistet. Mit dem Eintritt des Friedens werden die Kartelle auch wieder ihre eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben im vollen Umfange aufnehmen und durch ihre Tätigkeit mit dazu beitragen, daß in der neuen Entwicklungsperiode die Gewerkschaftsbewegung zur höchsten Blüte und Machtenfaltung gelangt.

**Die Entlohnung der Kriegsbeschädigten und der Deutsche Industrieschutzverband.** Mitte Oktober wurde in der Presse ein Vorfall geschildert, wonach in einem Dresdener Betriebe einem Kriegsbeschädigten die Militärrente auf den Lohn angerechnet worden war. Der Direktor des Betriebes hatte sich dabei auf den Industrieschutzverband berufen, der es nicht zulasse, daß zu der Rente auch noch der volle Lohn gezahlt werde. Die Holzarbeiterschaft hat nun (unseres Wissens als einziges Arbeiterblatt) vom Deutschen Industrieschutzverband eine Zuschrift erhalten, in der es heißt:

„Selbstverständlich sind diese Mitteilungen völlig aus der Luft gegriffen. Der Deutsche Industrieschutzverband hat sich im Gegenteil vergewissert, daß auch bei voller Lohnzahlung den Kriegsinvaliden nicht etwa die Kriegsdienstbeschädigtenrente verfürzt oder abgezogen werde, und hat die ihm vom Kriegsministerium gegebene Auskunft seinen Mitgliedern durch Zirkular im März dieses Jahres mitgeteilt.“

In zwei Rundschreiben, die der Industrieschutzverband in der Angelegenheit versandte und

die er der Holzarbeiterzeitung gleichfalls zur Verfügung stellt, werden die Mitglieder des Verbandes ersucht, in ihren Betrieben an geeigneten Stellen Kriegsinvalide zu beschäftigen, für welche der Verband einen Beschäftigungsnachweis eingerichtet habe. Hinsichtlich der Entlohnung heißt es in beiden Rundschreiben gleichlautend:

„Von der Heeresverwaltung ist die Zusage gegeben worden, daß eine Kürzung der staatlichen Fürsorge nicht erfolgen soll, wenn den Invaliden die Möglichkeit eines Erwerbes geboten werde.“

Damit versucht der Industrieschutzverband nur, die ganze Angelegenheit auf ein anderes Gleis zu schieben. Denn es war doch mit keinem Worte behauptet worden, daß die Heeresverwaltung die Militärrente kürzen könnte, wenn dem Kriegsinvaliden die Möglichkeit eines Erwerbes geboten werde, sondern es handelt sich darum, daß ein Unternehmer einem Kriegsbeschädigten um den Betrag der Rente den Lohn gekürzt hat, sodaß die Rente nicht dem Kriegsbeschädigten, für den sie bestimmt ist, sondern dem Unternehmer, der ihn beschäftigt, zu gute kam. — Sollten die Mitteilungen über den fraglichen Vorfall wirklich „vollständig aus der Luft gegriffen“ worden sein, so müßte das der Industrieschutzverband mit seinem Mitgliede, jenem Fabrikleiter, der sich wegen der Abrechnung der Rente vom Lohn ausdrücklich auf die vom Industrieschutzverband erhaltenen Weisungen berief, abmachen. Es ist aber kaum anzunehmen, daß der Fabrikdirektor den Industrieschutzverband nur vorgeschoben hat, um sich selbst zu decken, da es sich in diesem Falle gerade um einen sozial gesinnten Unternehmer handelt, der kleinliche Handlungen gegen einzelne Arbeiter bisher stets vermied.

**Der Sattler- und Portefeuilier-Verband.** Wohl keine zweite Gewerkschaftsorganisation hat während der Kriegszeit ein so großes Auf und Ab der Mitgliederbewegung zu verzeichnen, wie der Sattlerverband. Die durch den Krieg bedingte starke Beschäftigung dieser Industrie ist die Ursache dafür. Am Schlusse des dritten Quartals in diesem Jahre zählte der Verband 11 426 männliche und 1692 weibliche Mitglieder, gegenüber 10 502 bzw. 908 am gleichen Tage des Vorjahres. Seit Beginn des Krieges sind dem Verbands 9211 männliche und 2300 weibliche Mitglieder beigetreten. Infolge des jetzt verringerten Bedarfs an Lederausstattungsgegenständen wurden die meisten neuerrichteten Betriebe, von denen mehrere weit über 1000 Personen beschäftigten, wieder geschlossen. Die hierdurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit betrifft fast ausschließlich nur Berufsfremde, die jetzt in anderen Gewerben Unterkunft suchen oder bereits gefunden haben. Die gelerntten Sattler sind noch vollbeschäftigt und arbeiten vielfach noch mit Überstunden. Mit der Arbeitsaufgabe in der Ausstattungsindustrie haben die neu gewonnenen Berufsfremden Mitglieder auch das Interesse für den Sattler- und Portefeuilierverband verloren. Daraus erklären sich auch die Massenaustritte wegen restierender Beiträge. 6888 männliche und 1608 weibliche gingen auf diese Weise dem Verbands wieder verloren.

Bis zum 30. September wurden 3521 Verbesserter und 4216 Ledige zum Heeresdienst eingezogen, von denen 189 bereits als gefallen gemeldet sind.

Die Lederwaren-, Keffeartikel-, Auto- und Treibriemenbranche ist mit den wenigen noch zur Verfügung stehenden Arbeitskräften gut beschäftigt, während in der Galanteriebranche infolge der Beschlagsnahme von Gewinckstoffen große Arbeitslosigkeit herrscht. Im Laufe des 3. Quartals waren 751 männliche und 236 weibliche Mitglieder arbeitslos, 423 arbeiteten verkrüzt. In der Zeit vom 3. August 1914 bis 30. September 1915 wurden 258 542 Mk. für Unterstützungen ausbezahlt, davon 121 310 an Arbeitslose und 135 591 Mark an die Familien der Kriegsteilnehmer.

Trotzdem Streiks während des Krieges nicht geführt wurden, konnte doch manche Lohnhöhung durchgesetzt werden. Abgesehen von den Kriegszuschlägen in der Lederausstattungsindustrie, wurden mit den Vereinigungen der Lederwarenfabrikanten in Offenbach und Nürnberg Feuerungszulagen vereinbart, wozu wegen die Berliner Industriellen wohl eine Kollekte anerkannten, aber von schriftlichen Vereinbarungen nichts wissen wollten; nur von Fall zu Fall wollten sie sich die Entscheidung vorbehalten. Allgemein wird auch hier eine Feuerungszulage gewährt.

Der Reichstarif für die Lederausstattungsindustrie hat sich bewährt. Unternehmer, die da glaubten, sich an die tariflichen Bestimmungen nicht halten zu brauchen, wurden durch Schlichtungskommissionentscheidungen verurteilt, zu wenig gezahlte Löhne nachzuzahlen. In einigen Fällen belief sich die Nachzahlungssumme auf mehrere tausend Mark.

Die „Volksfürsorge“ ist gemeinnützig! Der Vorstand der „Volksfürsorge“ hat alsbald nach Eröffnung des Betriebs der Gesellschaft, am 21. August 1913, auf dem vorgeschriebenen Weg über die Direktivbehörde in Hamburg an den Bundesrat den Antrag gestellt:

„Die „Volksfürsorge“ Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft von der Entrichtung des Aktienstempels befreien zu wollen.“

Nach der Nummer 1 a des Tarifs des Reichsstempelgesetzes vom 15. Juni 1909 sind von inländischen Aktien 3 vom Hundert des eingezahlten Aktienkapitals zu entrichten. (In dem abgeänderten Reichsstempelgesetz vom 3. Juli 1913 ist dieser Satz auf 4½ vom Hundert erhöht worden.)

Von 1909 Abgabe sind nach dem Gesetz vom Jahre 1913 befreit:

„Inländische Aktien, sofern sie von Aktiengesellschaften ausgegeben werden, welche nach der Entscheidung des Bundesrats ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienen, den zur Verteilung gelangenden Reingewinn satzungsgemäß auf eine höchstens vierprozentige Verzinsung der Kapitaleinlagen beschränken, auch bei Auslösungen oder für den Fall der Auflösung nicht mehr als den Nennwert ihrer Anteile zusichern und bei der Auflösung den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens für gemeinnützige Zwecke bestimmen. Die von solchen Aktiengesellschaften beabsichtigten Veranstaltungen müssen auch für die minderbequillerten Volksklassen bestimmt sein.“

Alle hier geforderten Voraussetzungen sind im Gesellschaftsvertrag durch die Verwaltung der „Volksfürsorge“ erfüllt und nun vom Bundesrat auch als vorliegend anerkannt worden. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 26. August 1915 beschlossen, dem Antrage des Vorstandes zu entsprechen, nachdem die Voraussetzungen für die Bedingungen der Befreiungsvorschrift zu 1 a des Tarifs des Reichsstempelgesetzes vom 15. Juni 1909 gegeben sind.

Diesem Entsch. folgend, hat die Hamburger Direktivbehörde die Stempelfreiheit vollzogen.

Der Wert dieser Entscheidung liegt nicht so sehr in der im Interesse der Betroffenen hocherfreulichen finanziellen Wirkung als in der behördlichen Anerkennung, daß die „Volksfürsorge“, dem absichtlichen Willen ihrer Gründer entsprechend, ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dient und, wie es in dem abgeänderten Gesetz vom 3. Juli 1913 formuliert ist, „wesentlich der Förderung der minderbemittelten Volksklassen dient“.

### Tempelreinigung.

Ein Landwehrlied.

Dichter brauchen keine Flammen einzuzünden  
unserm Blut;  
Wie wir flammen müssen, wie wir fürmen,  
wissen wir so gut.

Briefster brauchen uns auch keine Gottesfurcht zu  
lehren;  
Jeder lernt im Kampfe gut mit seinem Gott  
vertehren.

Laßt uns nur! Laßt uns in der Fremde für die  
Heimat sechten,  
Aber in der Heimat, der wir bluten, sehet Ihr  
zum Rechten!

Büßet Ihr, wie wir uns manchmal in die Augen  
sehen:  
Glaubst Du, Bruder, daß in Deutschland solche  
Schande darf geschehen?

Russenräuber schlagen Weib und Kinder lachend  
tot,  
Feine deutsche Räuber stehlen Weib und Kindern  
lächelnd Brot.

Kennt Ihr den nicht, der aus seines Vaters  
heiligem Haus  
Schächerbuben trieb mit Geißelschwingen aus?

Saget Ihr uns nicht, daß die Heimat auch ein  
Tempel heiße?  
Wollt Ihr nicht den Tempel reinigen vom  
Gescheiße?

Bleibt die Kanzel stumm? Will kein Kornlieb  
singen?  
Wollt Ihr nicht die Geißeln in des Volkes Hände  
singen?

Wer aus Volksnot reich wird, hat das Volk  
verraten!  
Ach, Verräter wüßten wir zu richten, wir  
Soldaten!

Bannfluchzeit ist da, Prediger und Dichter!  
Volksgerichtestag muß kommen, deutsche Richter!

Schwören sollt Ihr: Schlagen wir der Feinde  
letztes Heer entzwei,  
Sei der heilige Leib der Heimat auch vom  
Ausatz frei!

Unteroffizier Arnold Ullrich.  
(„Simplicissimus“.)

## Ehren- Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Den Tod auf dem Schlachtfelde haben  
von unseren Kollegen erlitten:

### Friedrich Kolb,

Falzer (Rub. Woffe), geboren am 11. Juli  
1889, gefallen am 21. Oktober 1915;

### Max Brucksh,

Falzer (Rub. Woffe), geboren am 4. Mai  
1887, gefallen am 26. September 1915 in  
Rußland;

### Willi Hennig,

Rotationsarbeiter (Müller & Co.), geboren  
am 21. Januar 1884, gefallen am 4. Ok-  
tober 1915 in Rußland;

### Karl Schmidt,

Rotationsarbeiter (Pempel & Co.), ge-  
boren am 24. September 1884, gefallen  
am 11. Oktober 1915 in Rußland;

### Adolf Madex,

Rotationsarbeiter (Deutsches Druck- und  
Verlagshaus), geboren am 28. Juli 1887,  
gefallen am 28. Juli 1915;

### Heinrich Anders,

Saalarbeiter (Kollstraf & Apel), geboren  
am 10. Februar 1888, gefallen am 8. No-  
vember 1915 in Rußland;

### Hermann Liebenow,

Falzer (Aug. Scherl), geboren am 17. Juni  
1884, gefallen am 2. November 1915 in  
Rußland.

Ein ehrendes Andenken bewahrt den  
Verstorbenen

die Bahnhalle Berlin.

Am 9. Oktober 1915 fiel auf dem Kriegs-  
schauplatz im Westen unser Kollege

### Dionemus Wildegger,

der in langjähriger Mitgliedschaft alle  
Pflichten für die Organisation gern und  
gewissenhaft erfüllte.

Sein Andenken hält in Ehren

die Mitgliedschaft Augsburg.

### Nachruf.

Am Dienstag, den 30. November 1915,  
verstarb nach nur kurzem Krankenlager  
unser Kollege

### Hermann Wollnau

(Waisenhaus-Druckerei) im 58. Lebens-  
jahre.

Wir verlieren in dem Verstorbenen ein  
treues Mitglied, das jahrelang fleißig für  
die Organisation gewirkt hat.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

die Bahnhalle Halle a. S.